

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 59. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Oktober 2011, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Partikeltherapiezentrum (PTZ)</b>	6
Berichts Antrag der Fraktion der SPD <a href="#">Umdruck 17/2911</a>	
Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Aktenvorlage gemäß Artikel 23 LV <a href="#">Umdruck 17/2910</a>	
Vertrauliche Vorlage des Wissenschaftsministeriums Vertraulicher <a href="#">Umdruck 17/2794</a>	
<b>2. Haushaltsbericht über das dritte Quartal 2011</b>	7
Vorlage des Finanzministers <a href="#">Umdruck 17/2727</a>	
<b>3. Bericht des Innenministeriums zum Sachstand des angekündigten Aufgaben- abbaus bei der Landespolizei</b>	8
<a href="#">Umdruck 17/2703</a>	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Konsolidierung kommunaler Haushalte (Kom- munalhaushaltskonsolidierungsgesetz)</b>	9
Gesetzesentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 17/1868</a>	
<b>5. Kostendeckende Gebühren zur Lebensmittelüberwachung einführen</b>	10
Antrag der Fraktion des SSW <a href="#">Drucksache 17/684</a>	
<b>6. Entwurf eines Gesetzes zur kostenfreien Schülerinnen- und Schülerbeförde- rung</b>	11
Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE <a href="#">Drucksache 17/1715</a>	

- 
- 7. Neue Wege - neue Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf** 12
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 17/1695](#)
- 8. Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung** 13
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/1767](#)
- 9. Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten** 14
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/1860](#) Ziffer 1
- 10. Veranstaltungen der Landesregierung** 15
- Kleine Anfrage der Abg. Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
[Drucksache 17/1908](#)
- 11. a) Personalbudgets der Einzelpläne seit 2001** 16
- Vorlage des Finanzministeriums  
[Umdruck 17/2599](#)
- b) Entwicklung der Planstellen und Stellen im Landeshaushalt**
- Vorlagen des Finanzministeriums  
[Umdrucke 17/2705, 17/2725](#)
- 12. Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung** 17  
**hier: Verhandlungen über den Abschluss eines Landesrahmenvertrags nach § 79 Abs. 1 SGB XII**
- Vorlage des Landesrechnungshofs  
[Umdruck 17/2700](#)

- 13. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010** 18
- [Drucksache 17/1799](#)
- 14. IT Planungsrat, IT-Energieeffizienz** 19
- Vorlagen des Finanzministeriums  
[Umdrucke 17/2597](#), [17/2726](#)
- 15. Sitzungstermine des Finanzausschusses im ersten Halbjahr 2012** 20
- [Umdruck 17/2849](#)
- 16. Information/Kenntnisnahme** 21
- [Umdruck 17/2723](#) – Zielplanung für den Justizvollzug  
[Umdruck 17/2842](#) – Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Altenparlament“  
[Umdruck 17/2909](#) – Über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2011
- 17. Verschiedenes** 22

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Partikeltherapiezentrum (PTZ)**

Berichts Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 17/2911](#)

Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Aktenvorlage gemäß Artikel 23 LV

[Umdruck 17/2910](#)

Vertrauliche Vorlage des Wissenschaftsministeriums

Vertraulicher [Umdruck 17/2794](#)

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen teilt M de Jager mit, es sei davon auszugehen, dass der Aufhebungsvertrag des UK S-H mit Siemens dem Letter of Intent entspreche. Mit dem Rückbau der Anlage könne erst nach Abschluss des Vertrags begonnen werden. Es gebe keine Bewerber, die die Anlage, die Siemens nicht in den vertragsgemäßen Zustand habe bringen können, auf der Basis der Siemensechnologie übernehmen und betreiben wollten. Das UK S-H habe Interesse daran, das Gebäude möglichst schnell so nutzen zu können, dass es zu betriebswirtschaftlichen Entlastungen an anderer Stelle komme. Der Minister weist die „Unterstellung“ von Abg. Weber zurück, dass Siemens technische Schwierigkeiten vorschütze, um aus dem Projekt auszusteigen. Die in einem vertraglich beschriebenen Verfahren von Siemens abgegebene Erklärung, man sehe sich nicht in der Lage, den vertraglich vereinbarten Zustand zu erreichen, sei Ausgangspunkt für die bevorstehende vertragliche Einigung. Das Scheitern des Projekts in Kiel habe Siemens viel Geld gekostet.

Der Ausschuss nimmt den vertraulichen [Umdruck 17/2794](#) zur Kenntnis.

Das Aktenvorlagebegehren der Fraktion DIE LINKE, [Umdruck 17/2910](#), findet die Unterstützung der Abgeordneten Herdejürgen, Schulze, Weber, Heinold, Schippels und Harms.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Haushaltsbericht über das dritte Quartal 2011**

Vorlage des Finanzministers

[Umdruck 17/2727](#)

M Wiegard stellt die Ergebnisse des Haushaltsvollzugs im dritten Quartal 2011 vor ([Umdruck 17/2727](#)), der im fünften Monat in Folge mit einem positiven operativen Ergebnis abschlieÙe. Gleichzeitig wiederholt er seine Warnung vor Begehrlichkeiten auf der Ausgabe-seite und bekräftigt den politischen Willen, alles dafür zu tun, weiter wirtschaftliches Wachstum zu generieren.

Man habe dem Stabilitätsrat ein Sanierungsprogramm beziehungsweise Konsolidierungsprogramm vorgelegt; im Dezember wolle man eine Vereinbarung für die Jahre 2011 bis 2016 treffen; im Mai 2017 stehe eine abschließende Evaluierung an. Das Sanierungsprogramm fordere im Hinblick auf die in der Finanzplanung ausgewiesenen Zahlen die Darstellung konkreter Maßnahmen. Der Stabilitätsrat habe Schleswig-Holstein bescheinigt, dass die im Doppelhaushalt 2011/12 beschlossenen Maßnahmen geeignet seien, das gesetzte Ziel zu erreichen, und das Land aufgefordert, die Maßnahmen in das Sanierungsprogramm aufzunehmen und den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu verfolgen. Die Maßnahmen- und die Vorhabenplanung würden mit dem Evaluationsausschuss und dem Stabilitätsrat in den nächsten Wochen erörtert und im Dezember mit einer Vereinbarung beschlossen.

Abg. Heinold verknüpft mit der Vorlage an den Evaluationsausschuss beziehungsweise Stabilitätsrat die Erwartung, dass die Landesregierung erkennbar konkrete Konsolidierungsmaßnahmen aufführe, wie der Konsolidierungspfad bis 2016 erreicht werden könne.

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 17/2727](#) zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministeriums zum Sachstand des angekündigten Aufgabenabbaus bei der Landespolizei**

[Umdruck 17/2703](#)

Auf eine Frage von Abg. Heinold sagt St Dr. Bastian zu, die Ministerien um eine Präzisierung der in ihren Bereich fallenden Stelleneinsparungen zu bitten und den Finanzausschuss entsprechend zu unterrichten.

VP Dopp wiederholt die Forderung des Rechnungshofs, auch im Polizeibereich, der immerhin 10 % des Stellenbestands der Landesverwaltung umfasse, tatsächlich und spürbar Stellen einzusparen. Dem Zuwachs polizeilicher Aufgaben stehe ein Abbau von Aufgaben gegenüber.

St Dornquast macht darauf aufmerksam, dass der Wegfall von polizeilichen Aufgaben in keinem Verhältnis zu den gestiegenen Aufgaben und Anforderungen der Polizei stehe, zum Beispiel bei Einsätzen bei Fußballspielen oder der Bekämpfung der Rocker-, Internet- oder organisierten Kriminalität.

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 17/2703](#) zur Kenntnis.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Konsolidierung kommunaler Haushalte  
(Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1868](#)

(überwiesen am 5. Oktober 2011 an den Innen- und Rechtsausschuss und den  
Finanzausschuss; Verfahrensfragen)

Weil nach den Worten von St Dornquast noch nicht alle Jahresabschlüsse 2009 der Kommunen vorliegen, bittet Abg. Heinold das Innenministerium darum, den Abschluss des Jahres 2008 als Ausgangsbasis für eine Modellrechnung zu wählen.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, zum Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz, [Drucksache 17/1868](#), am 23. November 2011 eine mündliche Anhörung durchzuführen; Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin des Innen- und Rechtsausschusses bis zum 4. November 2011 benannt werden. Die Landesregierung wird gebeten, den Ausschüssen die zum Referentenentwurf eingeholten Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Kostendeckende Gebühren zur Lebensmittelüberwachung einführen**

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/684](#)

(überwiesen am 8. Juli 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Finanzausschuss; der federführende Umwelt- und Agrarausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen)

hierzu: [Umdrucke 17/1217](#), [17/1247](#), [17/1258](#), [17/1261](#)

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, der LINKEN und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, den SSW-Antrag, [Drucksache 17/684](#) in geänderter Fassung abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur kostenfreien Schülerinnen- und Schülerbeförderung**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1715](#)

(überwiesen am 26. August 2011 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss; der federführende Bildungsausschuss empfiehlt gegen die Stimme der LINKEN, den Gesetzentwurf abzulehnen)

Der Antrag von Abg. Schippels, eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf durchzuführen, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Gegen die Stimme der LINKEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur kostenfreien Schülerbeförderung, [Drucksache 17/1715](#), ebenfalls abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Neue Wege - neue Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1695](#)

(überwiesen am 14. September 2011 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss empfiehlt, den Bericht [Drucksache 17/1695](#) zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1767](#)

(überwiesen am 16. September 2011 an den **Sozialausschuss**, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Nachdem St Dr. Bastian mitteilt, dass das Finanzministerium gestern einen Erlass zur Beihilfefähigkeit von Kommunikationshilfen herausgegeben habe, und erklärt, dass im Zuge der anstehenden Änderung der Beihilfeverordnung die Aufwendungen für Kommunikationshilfen, unter anderem Gebärdendolmetscher, für gehörlose, ertaubte oder hochgradig schwerhörige Beihilfeberechtigte als beihilfefähig anerkannt werden sollten, kündigt Abg. Heinold an, ihren Antrag zur nächsten Sitzung neu zu formulieren.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1860](#) Ziffer 1

(überwiesen am 6. Oktober 2011)

Der Finanzausschuss bittet den Europaausschuss, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten, [Drucksache 17/1860](#) Ziffer 1, zu beraten und dem Finanzausschuss ein Votum zuzuleiten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Veranstaltungen der Landesregierung**

Kleine Anfrage der Abg. Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
[Drucksache 17/1908](#) und [Umdruck 17/2914](#)

Abg. Heinold hält es für selbstverständlich, dass der Finanzausschuss erfährt, was die einzelnen Veranstaltungen der Landesregierung gekostet haben, und bittet die Regierung, die fehlenden Zahlen nachzureichen.

St Dr. Bastian sagt eine Klärung der Angelegenheit zur nächsten Sitzung zu, in der das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**a) Personalbudgets der Einzelpläne seit 2001**

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 17/2599](#)

**b) Entwicklung der Planstellen und Stellen im Landeshaushalt**

Vorlagen des Finanzministeriums

[Umdrucke 17/2705, 17/2725](#)

Finanzausschuss und Finanzministerium verständigen sich, die Übersicht über die Entwicklung der Planstellen und Stellen künftig in der Form des [Umdrucks 17/2725](#) ergänzt um die Spalte „Stellen ohne Wirtschaftsbetriebe, ohne Schulen zuzüglich Ausgliederungen“ (s. [Umdruck 17/2705](#)) fortzuschreiben.

Der Ausschuss nimmt die drei Umdrucke zur Kenntnis.



Punkt 12 der Tagesordnung:

**Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung  
hier: Verhandlungen über den Abschluss eines Landesrahmenvertrags  
nach § 79 Abs. 1 SGB XII**

Vorlage des Landesrechnungshofs  
[Umdruck 17/2700](#)

M Dr. Garg macht abermals deutlich, die Entwicklung der Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die zwei Drittel des Sozialetats ausmachten, werde darüber entscheiden, inwieweit das Land sozialpolitisch handlungsfähig bleiben werde. Nachdem der Landesrahmenvertrag Ende 2009 durch den Landkreistag gekündigt worden sei, habe man es gemeinsam mit der kommunalen Familie und den Wohlfahrtsverbänden geschafft, ein Moratorium abzuschließen, das den Kostenanstieg im Jahre 2011 auf 0,9 % und im Jahr 2012 auf 1,0 % begrenze. Ziel sei, den Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe dauerhaft zu dämpfen. Nach seinem Eindruck sei noch nie so ernsthaft und intensiv über das seit Jahren geforderte Prüfungsrecht des Rechnungshofs verhandelt worden. Er hoffe und sei zuversichtlich, dass es deutlich vor Ablauf des Moratoriums bis Ende 2012 zum Abschluss eines neuen Landesrahmenvertrags komme.

Auf Fragen der Abg. Herdejürgen und Heinold antwortet RL Kunkat, auch in den anderen Bundesländern liege die Verantwortlichkeit für die Eingliederungshilfe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention überwiegend in der Hand der Kommunen. Zum 1. Oktober 2011 sollten die Kommunen erstmalig eine Prognose zur Entwicklung der Kosten im Bereich des SGB XII abgeben; die entsprechenden Daten lägen allerdings noch nicht vollständig vor. Man könne davon ausgehen, dass die für die Kreise und kreisfreien Städte kalkulierten Budgets mit hoher Wahrscheinlichkeit eingehalten würden und die Kalkulationsgrundlagen unter Einbeziehung der Annahmen des Moratoriums bereits 2011 Wirkung zeigten.

MDgt Dr. Eggeling begrüßt die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe. Es gehe darum, die Gründe für die Steigerungsraten zu analysieren und den Kostenanstieg zu mildern.

Der Finanzausschuss bittet das Sozialministerium, ihn über die Entwicklung der Kosten der Eingliederungshilfe auf dem Laufenden zu halten und über etwaige Kostenüberschreitungen unaufgefordert zu informieren.

Punkt 13 der Tagesordnung:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim  
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der  
behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit  
2009 bis 2010**

[Drucksache 17/1799](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011 an alle Ausschüsse des Landtags mit Ausnahme des Petitionsausschusses)

Der Finanzausschuss empfiehlt, den 4. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**IT Planungsrat, IT-Energieeffizienz**

Vorlagen des Finanzministeriums

[Umdrucke 17/2597](#), [17/2726](#)

MDgt Dr. Eggeling wiederholt die Bitte des Landesrechnungshofs, ULD und Landesrechnungshof in die IT-Planung einzubeziehen.

St Dr. Bastian teilt mit, am 29. November 2011 wolle der Landes-IT-Rat die Frage erörtern, welche weiteren Vertreter mit beratender Stimme punktuell oder kontinuierlich dabei sein sollten.

Der Ausschuss nimmt beide Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

**Sitzungstermine des Finanzausschusses im ersten Halbjahr 2012**

[Umdruck 17/2849](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2012,  
[Umdruck 17/2849](#).

Punkt 16 der Tagesordnung:

**Information/Kennntnisnahme**

[Umdruck 17/2723](#) – Zielplanung für den Justizvollzug

[Umdruck 17/2842](#) – Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Altenparlament“

[Umdruck 17/2909](#) – Über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2011

Der Ausschuss nimmt die drei Umdrucke ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Am 3. November 2011 tagt die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung. Die nächste **Finanzausschusssitzung** findet am **10. November 2011** statt.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer